



## Information für die Presse

### SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartnerin: Elke Barth, sozialpolitische Sprecherin der SPD  
Tel. 06172/456576, Mobil 0179/5508020, E-mail: Elke.Barth@gmx.de

Bad Homburg, 26. Januar 2009

#### **SPD fragt: Reagiert die Stadt auf zunehmende Jugendkriminalität?**

Im November hatte die SPD einen Antrag in den Jugend- und Sozialausschuß eingebracht, in welchem sie aufgrund der steigenden Zahl von kriminellen Übergriffen einen Runden Tisch zum Thema Jugendgewalt einforderte. Zu ihrer Überraschung konnte die SPD zu Beginn der Sitzung dann aus dem Mund der Fachbereichsleiterin Barbara Callenberg hören, dass die Stadt schon seit Monaten einen Unterausschuß des Präventionsrats gebildet habe, der sich speziell mit dem Thema befasse. Da diese Runde nach Aussage der Verwaltung in seiner Zusammensetzung ziemlich dem entsprach, was die SPD forderte (neben Polizei, Jugendschutzbeauftragten, den Leitern der Jugendclubs, Vertretern der weiterführenden Schulen und Streetworkern) zog die SPD ihren Antrag zurück und forderte anstelle dessen einen schriftlichen Bericht über die Arbeit des Arbeitskreises sowie die Einbindung von Schülervertretern bei künftigen Treffen, damit auch die Betroffenen zu Wort kommen.

"Wir waren doch sehr erstaunt, dass es einen solchen Arbeitskreis bei der Stadt gibt, ohne dass man die Gremien über dessen Existenz informiert oder auch über dessen Arbeit auf dem Laufenden hält," so Elke Barth, die SPD im Sozialauschuß bei diesem Thema vertrat. Doch seit der Diskussion im Ausschuß sind 2 Monate vergangen und auch auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung am 27. Januar findet sich kein Hinweis, dass die Sozialdezernentin Frau Dr. Jungherr ihrem verbindlich zugesicherten Informationsauftrag endlich nachkommt. Zudem hatte die Polizei erst in der vergangenen Woche neue Zahlen veröffentlicht, die erneut einen alarmierenden Anstieg bei der Jugendkriminalität belegen. Die SPD hält es nunmehr für dringend erforderlich, dass man sich vorrangig mit dem Thema Jugendkriminalität befaßt und seitens der Oberbürgermeisterin nicht immer nur vertröstet. "Wenn die Stadt hier gute Arbeit leistet, dann sollte es auch möglich sein, dass die Politik endlich davon erfährt und eingebunden wird," so Elke Barth und weiter "ansonsten müßten wir leider annehmen, dass man uns einfach nur verschaukelt hat, um im November einen sinnvollen SPD-Antrag zu verhindern."